

Fortsetzung von Seite 9

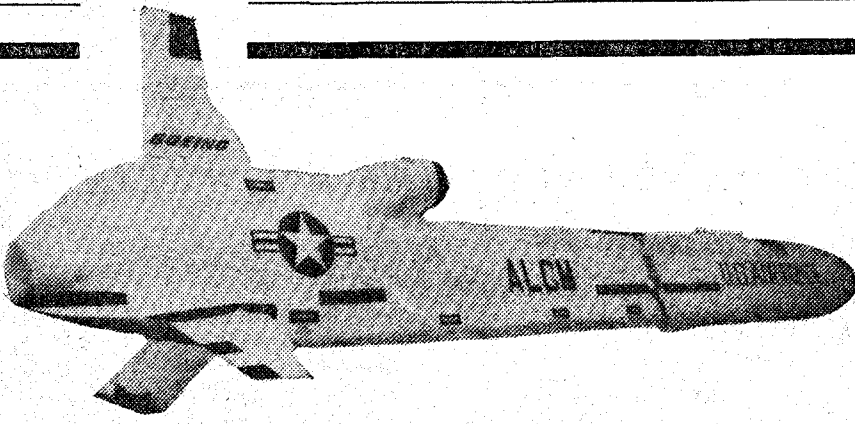
In einer Situation der wieder zunehmenden Geschlossenheit der amerikanischen Öffentlichkeit und des Westens im Allgemeinen hat es nun die Nato durch ihren Dezember-Beschluß unternommen, amerikanische Mittelstreckenraketen binnen drei Jahren in Europa zu stationieren und dabei gleichzeitig sofortige Verhandlungen über die Beschränkung dieser Waffen auf beiden Seiten anzubieten...

von der Nato angebotenen Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Westeuropa abgelehnt, solange der Nato-Beschluß nicht vor allen Verhandlungen zurückgenommen wird.

Dabei besteht jedoch ein deutlicher Unterschied in der Gewichtung der beiden Vorgänge in Moskau und Washington. Die Sowjets tun so, als sei ihre Intervention in Afghanistan eine „innere Angelegenheit“ des überfallenden Landes...

Tatsächlich aber gehören beide Vorgänge nicht nur räumlich zusammen, nämlich als Teil einer — wenn auch versuchsweisen — sowjetischen Abkehr von der Entspannung; beide sind auch Anzeichen

Mittelstrecken-Raketen und Cruise Missiles gegen das sowjetische Übergewicht in Europa: Die Sowjets verweigern Verhandlungen



eines Abgleitens in eine durch keinerlei Verhandlung gezügelte Form des Kampfes um die Vormacht. Hier bahnt sich eine an sich tödliche Gefahr für den Frieden der Welt an.

Was können wir tun? Wir müssen nicht aufgeben, und also dürfen wir es nicht. Der Versuch, ernsthaft Verhandlungsbeziehungen zwischen Ost und West wiederherzustellen, muß gemacht werden.

gang zum Nahost-Öl und europäische Sicherheit — vital interessiert, aber sie können sich die Verhandlungsaufgaben in dieser Krise teilen. Die Vereinigten Staaten sind mit dem Abbruch bestimmter privilegierter Wirtschaftsbeziehungen zu den Sowjets in die afghanische Krise eingestiegen...

über Mittelstreckenraketen im europäischen Bereich festhalten. Das wäre kein Mangel an Solidarität mit dem amerikanischen Verbündeten, an deren Erfolg in der Afghanistan-Frage wir Europäer ebenfalls dringend interessiert sind...

Vielleicht sind die Chancen einer solchen Politik nicht mehr sehr groß. Vielleicht ist die Abkehr von der Entspannung schon zu weit gediehen. Aber wir dürfen uns nicht in einen blinden Wettlauf weg vom Verhandlungstisch und weg von der Zusammenarbeit begeben...

Robert Legvold: Entspannung muß unteilbar sein

„Ein gefährlicher Kollisionskurs“

Die Sowjets haben den Rubikon überschritten: Sie sind in Afghanistan einmarschiert, und das genau in einem Moment, in dem die ohnehin schon angespannten Ost-West-Beziehungen Ruhe um jeden Preis gebraucht hätten.



Sowjet-Panzer patrouillieren in Kabul Aufnahme: AP

Die Kremlführer haben all das sicher gewußt, als sie sich zum Handeln entschlossen. Nur: Es scheint, als hätten sie dem Salt-Vertrag ohnehin keine Chance mehr gegeben — in der Überzeugung, daß die neuen Rüstungsanstrengungen des Westens nicht mehr zu verhindern seien.

Wir wissen nun, was passiert, wenn die Sowjetführung den Entspannungskurs aufgibt, wenn sie sich der Überzeugung hingibt, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen keinen Gewinn mehr abwerfen.

Der Einmarsch in Afghanistan ist mit den sowjetischen Interventionen in Angola und am Horn von Afrika einfach nicht zu vergleichen,

weil der Kreml bis jetzt immer noch glauben konnte, daß diese Abenteuer das Verhältnis zum Westen nicht grundlegend stören würden. Die Sowjets scheinen nun eine andere Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt zu haben: In ihren Augen wog der bevorstehende Zusammenbruch Afghanistans schwerer als die schwindenden Vorteile einer angeschlagenen Entspannungspolitik.

Leo Labedz: Entspannung war ein Schwindel

„Illusionen endlich ablegen“

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan erfolgte am Ende eines Jahrzehnts, in dem der Westen die Zeichen der Gefahr systematisch verdrängt und sich jener wohligen Selbsttäuschung hingeegeben hat, die „Ostpolitik“, „Entspannung“ und „Salt“ hieß.

Die Motive und Taktiken der Sowjets liegen klar auf der Hand, und ihre historischen Wurzeln sind hinlänglich bekannt. Ebensovienig wie das zaristische Rußland hat auch die Sowjetunion nie einen Hehl aus ihrem Drang zum Persischen Golf gemacht.

Heute, sechs Monate nach Breschnjews und Carters Umarmungsposse in Wien, hat die So-

wjetunion eine strategische Position am Horn von Afrika, in Süd-Jemen und in Afghanistan gewonnen; die Verwirklichung der alten Träume scheint näher denn je. Und der Vorderer Orient ist längst nicht mehr eine „unproduktive Region voller unzivilisierter Stämme“, wie es das britische Foreign Office im 19. Jahrhundert ausgedrückt hat.

Die Sowjets sind nicht etwa planlos nach Afghanistan einmarschiert; sie sind ein sorgfältig kalkuliertes Risiko eingegangen. Es ist höchste Zeit, daß der Westen aufwacht und die Gefahren erkennt, die in den achtziger Jahren drohen.

Leo Labedz ist Herausgeber der Londoner Zeitschrift Survey, die sich den Problemen der Ost-West-Beziehungen widmet.

Gespens einer moslemischen Feinherrschaft in Afghanistan im Auge haben.

Der Einmarsch muß eher als Akt der Verzweiflung denn als freche Herausforderung verstanden werden. Dies war kein sorgfältig geplanter Schritt in Richtung auf einen eisternen Hafen oder die zynische Vereinnahmung eines maroden Nachbarlandes.

Nur: Es spielt keine Rolle, ob die Sowjets nun von Sorge oder Großmachtsambitionen getrieben worden sind. Entscheidend ist, daß sie mit nackter militärischer Gewalt vorgegangen sind. In Angola haben sie noch zögernd-zaghaft agiert.

Hier muß jegliche Duldung ihre Grenzen finden. Es darf keine Afghanistans mehr geben — weder im Vorderen Orient noch sonst irgendwo auf der Welt.

Eine Reaktion tut not, aber noch wichtiger ist die sorgfältige Auswahl der westlichen, insbesondere der amerikanischen Gegenmittel. Der Osten und der Westen haben einen gefährlichen Kollisionskurs beschritten.

Die Reaktion des Westens darf den Niedergang der Entspannung freilich nicht beschleunigen. Die passende Antwort liegt in der betroffenen Region und in dem militärischen Potential, das der Westen an Ort und Stelle mobilisieren kann.

Robert Legvold, Professor für Politische Wissenschaften an der Columbia Universität, leitet die Abteilung für Sowjetforschung am Council on Foreign Relations in New York.

Widerstand in Afghanistan

„Es kämpfen 70000 Mann“

Ein ZEIT-Gespräch mit Dr. Jalil Shams, Generalsekretär des Islamischen Rats zur Befreiung Afghanistans, der im September 1979 gegründet wurde.

ZEIT: Die Sowjets sind dabei, Ihr ganzes Land zu überrennen. Welche Chancen hat der bewaffnete Widerstand?

Jalil Shams: Die Chancen sind auf den ersten Blick nicht sehr groß. Aber das afghanische Volk hat sich im Lauf der Geschichte immer gegen Fremdherrschaft gewehrt.

ZEIT: Im Westen herrscht der Eindruck, daß in Afghanistan unzählige Gruppen und Gruppierungen so gut wie unkoordiniert und führungslos gegen die sowjetische Invasion kämpfen, daß sie zudem sehr schlecht ausgerüstet sind. Wie beurteilen Sie die Lage?

Shams: Es stimmt, daß die Befreiungskämpfer in verschiedenen Gruppen und Richtungen organisiert sind. Diese Zersplitterung hat drei Gründe: Erstens, unsere soziologische Struktur — das Stammesgefüge — ist schlecht dazu geeignet, einen unumstrittenen Führer auf Schild zu heben; zweitens, die sunnitische Richtung des Islam kennt keine religiöse Hierarchie, also weder Papst noch Ajatollah; drittens, es hat ja in unserem Land nie richtige Parteien gegeben.

ZEIT: Wie groß ist der Widerstand?

Shams: Der Widerstand hat sich überall im Lande bis ins kleinste Dorf festgesetzt. Alle sind gegen die Fremdherrschaft.

ZEIT: Aber wie viele bewaffnete Kämpfer gibt es?

Shams: Zwischen 60 000 und 70 000 Mann auf jeden Fall. Sie sind, wie gesagt, aber überall im Lande verstreut.

ZEIT: Wie sieht es mit der Bewaffnung und der Ausrüstung aus?

Shams: Man weiß, daß jeder Afghanen Waffen zu Hause hat. Aber das eigentliche Waffenarsenal der Widerstandskämpfer kam von den Teilen der afghanischen Armee, die sich uns angeschlossen haben.

ZEIT: In den Westen wird oft der Vergleich zwischen Vietnam und Afghanistan gemacht. Aber links dieser Vergleich nicht? Der Vietcong hatte ja die gesamte kommunistische Welt als Verbündeten und außerdem noch eine sichere Etappe in angrenzenden Nordvietnam.

Shams: Ich glaube, ja. Wie in Vietnam kämpft

auch unser Volk gegen eine ausländische Macht, eine Supermacht. Sie haben natürlich recht, daß das afghanische Volk im Moment keine Verbündeten hat, oder bis jetzt keine Verbündeten hatte.

ZEIT: Hat der bewaffnete Widerstand schon militärische Erfolge gegen die Sowjetunion erzielt? Wieviele Sowjetsoldaten sind bereits gefallen?

Shams: Ich glaube, um die 1000.

ZEIT: Gibt es denn schon sichere Stützpunkte, Nachschublager und Krankenhäuser in Pakistan oder Iran?

Shams: Leider nicht. Die Regierungen Pakistans und Irans denken zuerst an die eigene Sicherheit; deswegen haben sie unseren Kampf nicht so unterstützt wie sie es hätten tun sollen.

ZEIT: Was braucht der afghanische Widerstand vom Westen, von der ganzen Welt, um sich gegen die Sowjets behaupten zu können?

Shams: Erst einmal politische und moralische Unterstützung, da es hier um die Freiheit geht — Druck auf die Sowjetunion, um sie zum Rückzug zu zwingen. Die Regierungen aber müssen konkrete Schritte unternehmen, denn die Weltmeisterei als solche hat wenig Einfluß auf ein Land, das sich keinen Deut um die Meinung freier Menschen schert.

ZEIT: Aber wie viele bewaffnete Kämpfer gibt es?

Shams: Zwischen 60 000 und 70 000 Mann auf jeden Fall. Sie sind, wie gesagt, aber überall im Lande verstreut.

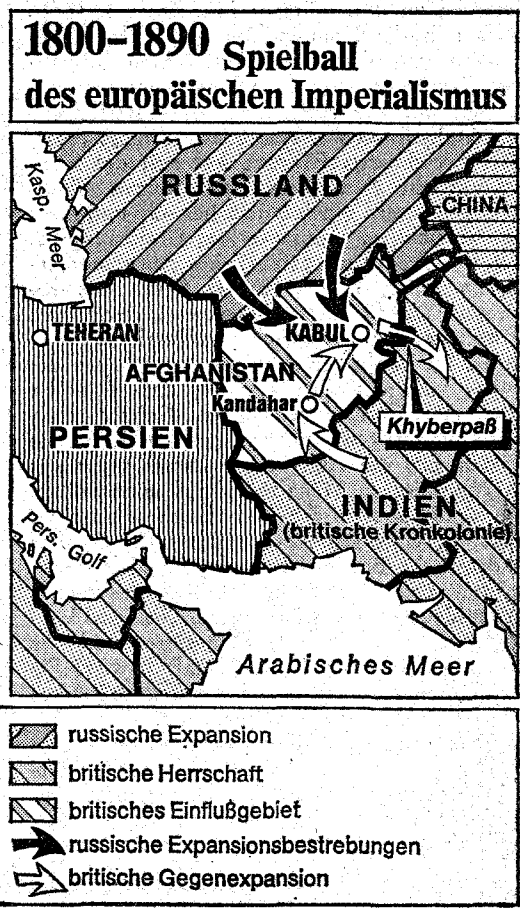
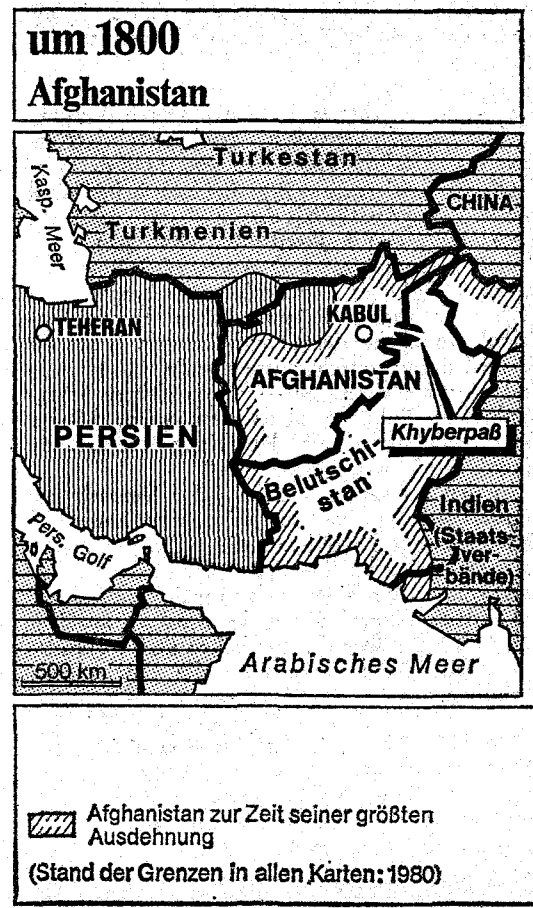
ZEIT: Was sind die politischen Ziele des afghanischen Widerstands? Eine islamische Republik à la Chomeini?

Shams: Nicht à la Chomeini. Afghanistan ist auch ein anderes Land — die Mehrheit sind Sunni-Moslems — und wir wollen einen modernen Staat, der die Freiheit in einem demokratischen Rahmen gewährleistet, aber auf der Grundlage des Islam.

ZEIT: Und die Außenpolitik?

Shams: In der Außenpolitik würden wir eine neutrale Haltung einnehmen und freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarn einschließlich der Sowjetunion pflegen — unter Wahrung unserer Unabhängigkeit natürlich.

Das Gespräch führte Josef Joffe



Für den Geopolitik-Ideologen Karl Haushofer war es der „Machtraum Afghanistan“: öde, zersplittert, unzugänglich — aber stets ein Scharnier der Weltpolitik. „Mein Land“, klagte 1885 König Abdur Rahman, „ist wie eine arme Aede, auf die der Bär und der Löwe ihr Auge geworfen haben.“

